

Zum wiederholten Mal äußerte sich Humberto de la Calle, Chefunterhändler der Regierung in Havanna, zu den Aussichten hinsichtlich Akzeptanz und Umsetzung eines Friedensvertrages(SEMANA, 18.02.2016):

„Wenn das NEIN obsiegt, werde ich den Kopf senken und sagen: Ich habe schlecht verhandelt“

Humberto de la Calle stellt fest, dass, während man in Havanna der Unterschrift unter einen Friedensvertrag „näher als jemals zuvor“ sei, wir in Kolumbien „weit entfernt“ davon seien, Frieden zu schaffen.

Der Chefunterhändler der Regierung überraschte abermals das Land mit einem sehr tiefgründigen Diskurs über den Friedensprozess und die Zukunft Kolumbiens für den Fall, dass in Havanna ein Abkommen unterzeichnet wird und die Waffen im ältesten Konflikt der Hemisphäre schweigen werden.

Er äußerte sich während in Bogotá Gespräche stattfanden zwischen Präsident Santos und dem früheren Präsidenten Südafrikas Frederik de Klerk, Friedensnobelpreisträger und Mitunterzeichner des Abkommens, das die Apartheid beendete.

De la Calle versicherte, den Frieden schaffe man nicht am Verhandlungstisch in Havanna, sondern durch den Geist aller Kolumbianer, und er forderte daher eine Diskussion, die über das Auf und Ab hinausgeht, das dem Prozess eigen ist: „Wir müssen die Charakteristiken unserer Gesellschaft neu definieren“.

Der Chefunterhändler führte eine Anekdote aus seiner Kindheit an, um diese These zu erläutern. Er erinnerte daran, dass er mit seinem Bruder in den Ferien die neue Bahnverbindung nach Magdalena erkunden wollte. Er war damals 7 Jahre alt, und als sie in der Gegend des Páramo de Letras waren, schlug sein Bruder vor, ihr Geld in den Socken zu verstecken, weil es in der Gegend viel Guerrilla gebe. „Diese Idee eines Kindes im Páramo de Letras ist eine andere als heute die eines Kindes in Marquetalia (Zone mit starker Präsenz der FARC, wo auch viele Gewaltakte des Militärs stattfanden, A.d.Ü.). Kolumbien muss lernen, die Dinge aus anderer Perspektive zu sehen“.

Er erklärte, „wir applaudieren nicht den Grausamkeiten, welche die FARC beging“ und er sagte, er respektiere jene, die nur wollten, dass die Guerrilla ins Gefängnis wandere, während sie von anderen Grausamkeiten schwiegen, aber: „Es gibt keine gute Gewalt. Wir dürfen keine selektive Kurzsichtigkeit walten lassen“.

Er betonte zwar, in Kolumbien gebe es keine Feinde des Friedens, aber er räumte ein, in den sozialen Medien gebe es „kleine Gemeinheiten“ gegen den Friedensprozess.

In seiner Äußerung ging der Chefunterhändler auf die kürzlich ergangene Einladung der Anhänger von Expräsident Uribe ein, eine nationale Vereinbarung zu schließen für ein Referendum über den Friedensprozess. Diese hatte Carlos Holmes Trujillo kürzlich in einem Interview mit SEMANA ausgesprochen, weil dadurch vermieden würde, die Sache mit nur einer einzigen Frage und einer Antwort nur mit Ja oder Nein zu behandeln.

De la Calle sagte, ein Plebiszit könnte der Anfang sein mit einer Abstimmung über den Grundsatz, und, indem er ein Wort vor Präsident Santos benutzte, „der Vorhof zur Umsetzung des Abkommens“.

Der Unterhändler versicherte, die Durchführung eines Plebiszits, die einzige Form der Befragung, welche die Regierung in Erwägung zieht, verpflichte diese, das Ergebnis zu befolgen. „Sollte das Nein gewinnen, dann werde ich den Kopf senken und sagen, dass ich in Havanna schlecht verhandelt habe“.

De la Calle erinnerte auch daran, dass bis zum 23.März, dem Datum, das Präsident Santos und FARC-Chef Timochenko vereinbart haben, um die Friedensverhandlungen abzuschließen, nur fünf Wochen Zeit sind.

„Wir sind der Einigung näher als je zuvor“, versicherte er und hob hervor, dass obwohl es noch außerordentlich komplexe offene Themen gebe, man bereits bestimmte Vorfragen dazu geklärt habe.

Er erwähnte dabei die semantische Diskussion über „Niederlegung“ oder „Übergabe“ von Waffen, die gelöst wurde durch die Vereinbarung internationaler Verifizierung, die garantieren wird, dass es keine Waffen mehr in Verfügungsgewalt der FARC geben wird sowie keine Kombination von politischem und bewaffnetem Kampf.

Obwohl noch Vereinbarungen über die Zonen fehlen, in denen sich die entwaffneten FARC-Kämpfer zunächst sammeln sollen, und obwohl die Diskussion über die Bestätigung der Schlussvereinbarung durch die Bevölkerung formal noch gar nicht begonnen wurde.

Hinsichtlich dieser Frage bekräftigte Präsident Santos in seiner Unterhaltung mit Expräsident de Klerk, ein Plebiszit sei der einzig mögliche Weg.

Der Präsident sagte, die FARC glaube noch immer, die Bestätigung müsse durch eine Verfassungsgebende Versammlung erfolgen, dazu werde er aber weiterhin „nein“ sagen, weil sonst die Möglichkeit bestehe, das in Havanna Vereinbarte zu modifizieren. Santos sandte zudem eine direkte Botschaft aus: „Ich erwarte, dass das Verfassungsgericht ein Plebiszit gutheißen wird“.